Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie = Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 23 (1997)

Heft: 3

Artikel: Demokratieentwicklung und Elitentransformation in Deutschland

Autor: Hoffmann-Lange, Ursula

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-814629

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweiz. Z. Soziol./Rev. suisse sociol./Swiss Journ. Sociol., 23 (3), 1997, 507–530

DEMOKRATIEENTWICKLUNG UND ELITENTRANSFORMATION IN DEUTSCHLAND

Ursula Hoffmann-Lange
Universität Bamberg

1. Einleitung: Zur Rolle von Eliten in Demokratisierungsprozessen

Der Zusammenbruch des Staatssozialismus und die sich daran anschließende Einführung demokratischer Institutionen in Osteuropa hat die Sozialwissenschaften in den neunziger Jahren erneut mit der Frage nach den Erfolgsbedingungen von Demokratisierungsprozessen konfrontiert. In der neueren Literatur läßt sich dabei gegenüber früher eine Verschiebung des theoretischen Fokus konstatieren. Erklärungen, die primär die Makroebene im Blickfeld hatten, sind einer stärkeren Betonung mikropolitischer Faktoren gewichen. Zwar spielt die Modernisierungstheorie bei der Erklärung des weltweiten Trends zur Demokratisierung immer noch eine Rolle. Gesellschaftliche Modernisierung wird aber heute in erster Linie als ein Schwellenphänomen betrachtet, das lediglich eine notwendige, keineswegs aber eine hinreichende Bedingung für eine dauerhafte Demokratisierung darstellt (vgl. Neubauer, 1969, 231; Glaeßner, 1994, 177; Huntington, 1991, 59 ff., 315; Hadenius, 1994). Wie die neueren Zahlen Huntingtons zeigen, gibt es unterhalb eines bestimmten Grades sozioökonomischer Entwicklung so gut wie keine Demokratien, während andererseits fast alle hochentwickelten Gesellschaften demokratisch sind. Auf mittlerem Entwicklungsniveau hingegen finden sich demokratische und nichtdemokratische Systeme in fast ausgeglichenem Verhältnis.[1]

Im mikrotheoretischen Ansatz, der vielfach auch als akteurstheoretischer Ansatz bezeichnet wird, stehen die Dispositionen und das strategische Handeln der an Demokratisierungsprozessen beteiligten Akteure im Mittelpunkt (O'Donnell und Schmitter, 1986; Higley und Burton, 1989, 17; Bermeo, 1990; Karl und Schmitter, 1991, 270 f.; Bos, 1994, 81; Lipset, 1994, 18). Dabei wird

1 Während Demokratie einerseits so gut wie überhaupt nicht in Ländern mit einem extrem niedrigen Bruttoinlandsprodukt vorkommt (in 3 von 34) und andererseits in fast allen hochentwickelten Nationen vorhanden ist (in 20 von 23), ist es gerade die Gruppe der Länder mit mittlerem Entwicklungsniveau, in der demokratische und nicht-demokratische Systeme gleichermaßen vorkommen. Unter den 67 betreffenden Nationen waren Ende der achtziger Jahre 32 demokratisch und 35 nicht-demokratisch (vgl. Huntington, 1991, 62).

Demokratisierung als eine Übereinkunft zwischen verschiedenen Elitegruppen konzeptualisiert, die der Überwindung einer tiefen sozialen, ökonomischen und/oder politischen Krise dienen soll.

Im folgenden wird versucht, anhand der drei Demokratisierungsprozesse, die Deutschland seit Beginn dieses Jahrhunderts erlebt hat, den Erklärungsbeitrag zu bestimmen, den die Eliteforschung zum Verständnis solcher Prozesse leisten kann. Dabei stehen drei Fragestellungen im Vordergrund. Zum einen geht es um das Ausmaß der Elitentransformation in der Phase des Übergangs zur Demokratie, das wichtige Hinweise darauf geben kann, wie tiefgreifend der mit der Demokratisierung verbundene politische Wandel tatsächlich war. Diese Frage ist bislang in der Literatur eher vernachlässigt worden.

Eine zweite, eng damit zusammenhängende Frage bezieht sich auf das Kräfteverhältnis zwischen neuen und alten Eliten. Unter der Annahme, daß nicht alle der in ihren Ämtern verbliebenen Mitglieder der alten Elite über Nacht zu Demokraten geworden sind, und daß viele von ihnen dem Demokratisierungsprozeß eher skeptisch gegenüberstehen, erhebt sich die Frage, in welchen Bereichen die Persistenz von Angehörigen der alten Elite unproblematisch für die Konsolidierung der Demokratie ist und in welchen nicht. Denn es steht außer Zweifel, daß solche Personen den demokratischen Konsolidierungsprozeß beeinträchtigen können, sofern sie sich in strategischen Machtpositionen befinden.

Die dritte Frage schließlich betrifft die Voraussetzungen für die Herausbildung einer *konsensuell geeinten Elite*, die als unabdingbare Voraussetzung jeder demokratischen Konsolidierung angesehen werden kann. Eine solche Elite zeichnet sich durch zwei wesentliche Merkmale aus: Einmal durch einen Konsens über die demokratischen Spielregeln sowie durch die Bereitschaft, Interessenkonflikte nicht auf die Spitze zu treiben, sondern sie im Rahmen der demokratischen Institutionen zu kanalisieren (restrained partisanship). Und zum anderen impliziert sie eine strukturelle Elitenintegration, d. h. die Existenz eines dichten Netzwerks von Interaktionsbeziehungen auf Elitenebene, das den Repräsentanten aller wichtigen Organisationen Zugang zu den zentralen politischen Entscheidungsprozessen ermöglicht (vgl. Field und Higley, 1980; Higley und Burton, 1989).

Nach dem hier verwendeten sozialwissenschaftlichen Elitebegriff sind Eliten Personen mit institutionalisiertem Einfluß auf gesamtgesellschaftlich bedeutsame Entscheidungen. Hierzu zählen einmal die politischen Eliten im engeren Sinne, also die führenden Politiker. Daneben gehören zu den Eliten aber auch die Inhaber von Führungspositionen in anderen gesellschaftlichen Sektoren, also das Führungspersonal in Wirtschaftsunternehmen, Verbänden,

Medien, Wissenschaft usw. (vgl. hierzu ausführlicher Hoffmann-Lange, 1992). Dieser Elitebegriff ist empirisch-realwissenschaftlich orientiert. Er schließt aber normative Fragen nach der Qualität dieser Eliten nicht nur nicht aus, sondern ist sogar Voraussetzung für deren Beantwortung. Im Interesse der analytischen Ergiebigkeit des Elitebegriffs ist es allerdings sinnvoll, diesen relativ eng zu definieren. Denn da sich Eliten typischerweise aus einem relativ schmalen sozialen Segment der Gesellschaft rekrutieren, hat sich nach Regimewechseln immer wieder gezeigt, daß die meisten Mitglieder der neuen Elite ihre Karriere bereits unter dem alten Regime begonnen hatten. Würden diese Personen als Teil der alten Elite betrachtet, wäre eine kurzfristige Elitentransformation per definitionem ausgeschlossen.

Der Begriff der Elitentransformation umfaßt zwei unterschiedliche empirische Tatbestände. Einmal handelt es sich um *Elitenzirkulation*, d. h. um den Austausch von Individuen in Institutionen und Organisationen, die vom Regimewechsel nur marginal tangiert wurde. Regierungen, Parlamente, Justiz, Militär, Medien, Wirtschaftsunternehmen usw. behalten häufig sogar ihre Organisationsstruktur bei, so daß sich für solche Organisationen untersuchen läßt, in welcher Hinsicht sich die neuen von den alten Eliten unterscheiden. Die andere Form der Elitentransformation betrifft *Verschiebungen im organisatorischen Gefüge und im Einfluß von Institutionen und Organisationen*. Parlamente können sich vom reinen Akklamationsorgan zum Zentrum politischer Führung entwickeln, ehemalige Staatsparteien können in Bedeutungslosigkeit versinken, neue Parteien, Verbände und Großunternehmen können entstehen. Eine Analyse der Elitentransformation muß beide Aspekte berücksichtigen. Denn alte Organisationen können von neuen Eliten übernommen worden sein, während umgekehrt in neuen Organisationen die alten Eliten weiterhin Einfluß ausüben können.

Bei der Analyse der organisatorischen und personellen Veränderungen auf Elitenebene, die aus den verschiedenen politischen Umbrüchen in Deutschland resultierten, wird von drei Annahmen ausgegangen. Zunächst kann erwartet werden, daß die Chancen einer Konsolidierung demokratischer Institutionen ganz wesentlich davon abhängen, daß ein umfassender personeller Elitenaustausch innerhalb der im engeren Sinne politischen Elite erfolgt. Dies setzt die Gründung neuer und/oder die Reorganisation alter Parteien voraus, wobei in den reformierten Parteien die unter dem alten Regime führenden Parteieliten durch neue Führungskräfte ersetzt oder doch zumindest substantiell ergänzt werden müssen.[2]

2 Zwar kann man nicht ausschließen, daß auch Teile der alten politischen Elite die Demokratisierung befürworten. Allerdings ist es eher unwahrscheinlich, daß die Mehrheit einen solch plötzlichen Umdenkungsprozeß durchmacht.

Andererseits mangelt es jedoch den Angehörigen der ehemaligen Opposition in der Regel an einschlägiger Sachkunde und Erfahrung für die Übernahme von Elitepositionen. Unter Effizienzgesichtspunkten ist daher ein kompletter Elitenaustausch nicht sinnvoll, da er die (Wieder-)Herstellung stabiler gesellschaftlicher Verhältnisse und die ökonomische Konsolidierung behindert. Insofern ist also zu fragen, welche Kombination von Diskontinuität und Kontinuität in den Eliten der Konsolidierung neuer Demokratien am zuträglichsten ist.

Schließlich ist für die demokratische Konsolidierung auch erforderlich, daß die für autoritäre und totalitäre Regime charakteristische Kollusion zwischen Teilen der politischen Elite und den Eliten anderer Sektoren aufgebrochen wird. Denn funktionierende Demokratien zeichnen sich durch eine balancierte Parteienkonkurrenz und die Möglichkeit des Regierungswechsels aus, was wiederum voraussetzt, daß die nicht-politischen Eliten bereit sind, mit jeder demokratisch an die Macht gekommenen Regierung zu kooperieren. Demokratie ist daher unvereinbar mit einer parteipolitisch einseitigen Ausrichtung von öffentlicher Verwaltung, Justiz und Militär, wie auch umgekehrt mit einer einseitigen politischen Privilegierung einzelner privater Organisationen, seien es Unternehmen, Verbände, Kirchen, Presseorgane o. ä.

Im Hinblick auf alle drei Bedingungen unterschieden sich die gesellschaftlich-politischen Voraussetzungen zur Zeit der Gründung der Weimarer Republik grundsätzlich von denen bei der Gründung der alten Bundesrepublik, aber auch von denen beim Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland.

2. Kaiserreich und Weimarer Republik

Um die Probleme und das schließliche Scheitern der Weimarer Republik zu verstehen, ist es unabdingbar, die Institutionen- und Elitenstruktur des Deutschen Kaiserreichs in die Betrachtung einzubeziehen. Historiker wie auch Sozialwissenschaftler haben im Hinblick auf die Entwicklung der deutschen Demokratie vielfach die These vom deutschen Sonderweg vertreten, die sich darauf bezieht, daß sozioökonomische Modernisierung und Demokratisierung hier nicht – wie beispielsweise in England und Frankreich – Hand in Hand gingen. Dies verfestigte sich nach ihrem Dafürhalten mit der Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871 auch institutionell. Denn dabei wurden die Machtstrukturen der konstitutionellen Monarchie konserviert, während die Konzessionen an den demokratischen Zeitgeist weit hinter einer vollen Parlamentarisierung zurückblieben. Die volle Exekutivgewalt lag weiterhin beim Monarchen, und die von diesem berufenen Regierungen benötigten nicht das Ver-

trauen des demokratisch gewählten Reichstags, dessen faktische Entscheidungskompetenzen auf die Gesetzesbewilligung beschränkt waren.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, auf das Pro und Contra der Sonderwegsthese einzugehen (vgl. u. a. Dahrendorf, 1965; Wehler, 1988; Blackbourn und Eley, 1983). Unbestritten ist jedoch die Relevanz zweier institutioneller Besonderheiten des Deutschen Kaiserreichs, die sich im späteren Verlauf als wesentliche Belastungen der Weimarer Demokratie erweisen sollten. Dies war einmal, daß sich Bürokratie und Militär in Preußen-Deutschland im Hinblick auf ihre Größe und ihre Struktur von ihren Pendants in den anderen westeuropäischen Ländern unterschieden (vgl. Sheehan, 1976; Bendix, 1980, 222 f.). Beide Institutionen gehörten zu den Hauptträgern der politischen Ordnung des Kaiserreichs. Nach der vorherrschenden Ideologie der Trennung von Staat und Gesellschaft verkörperten sie das Allgemeinwohl, während politische Parteien und Interessengruppen als Vertreter partikularistischer Interessen galten und dementsprechend abschätzig betrachtet wurden.

Der zweite wichtige Faktor war der institutionelle Dualismus von Exekutive und Legislative, der ein Auseinandertreten dieser beiden Gewalten begünstigte, was sich wiederum bei der Elitenrekrutierung in einer zunehmenden Dissoziation exekutiver und parlamentarischer Karrieren niederschlug. Während noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Parlamente der deutschen Einzelstaaten durch Beamte dominiert waren, rekrutierten sich die Reichstagsmitglieder zunehmend aus anderen Berufssparten, vor allem aus den hauptamtlichen Repräsentanten von Interessenverbänden und Parteifunktionären (Best, 1988 und 1989; Sheehan, 1976). Diese Dissoziation entspricht dem im präsidentiellen System der USA vorfindlichen Muster. Da jedoch die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstags beschränkt waren und keine Machtbalance zwischen Legislative und Exekutive existierte, trug sie in Deutschland dazu bei, daß das Prestige der Reichstagsabgeordneten weit hinter dem der höheren Ministerialbürokratie zurückblieb.

Das dualistische Institutionensystem des Kaiserreichs verhinderte schließlich auch die Herausbildung pragmatischer politischer Parteien. Da sie nicht für die Regierungsbildung verantwortlich waren, nutzten die Parteien des Kaiserreichs die Arena des Reichstags einerseits zur Artikulation weitreichender, ideologisch-programmatischer Forderungen und andererseits zur pragmatischen Vertretung der Interessen der eigenen Wählerklientel. Das erste Verhaltensmuster trug zu einer *Politisierung der Sozialstruktur* (Lepsius, 1973) bei und verhinderte die Herausbildung einer echten Parteienkonkurrenz, da die Parteien sich primär als politischer Arm ihres jeweiligen Sozialmilieus verstanden und in Wahlkämpfen lediglich versuchten, dieses möglichst umfassend zu mobilisieren. Andererseits gaben die Parteien durch ihre Kooperation mit der Reichs-

regierung in Einzelfragen dem ohnehin verbreiteten Vorurteil Nahrung, daß es ihnen primär um die Verfolgung partikularistischer Interessen ging.

Der Übergang zur *Weimarer Republik* brachte 1919 eine institutionelle Reorganisation, die allerdings von keiner nennenswerten Elitentransformation begleitet war (vgl. Zapf, 1965, 140; Dahrendorf, 1965, 253). In den nichtpolitischen Sektoren fanden nur marginale organisatorische Veränderungen und kaum ein Elitenaustausch statt. Gleichzeitig stand das Gros der in ihren Positionen verbliebenen Eliten in Verwaltung, Justiz, Militär, Wirtschaft und Verbänden der neuen Demokratie bestenfalls distanziert gegenüber.

Innerhalb des Sektors Politik hatte sich durch die Einführung eines parlamentarischen Regierungssystems das Machtzentrum von der Exekutive zur Legislative verschoben, und die konservativen Parteien verloren aufgrund der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse ihre Vorherrschaft. Aufgrund ihrer Rolle als größte im Reichstag vertretene Partei fiel der SPD zunächst die führende Rolle bei der Regierungsbildung zu. Allerdings fand diese, abgesehen von ihren engen Beziehungen zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften, kaum Unterstützung innerhalb der Eliten. Aufgrund der politischen Marginalisierung, in die sie während des Kaiserreichs gedrängt worden war, verfügte sie vor allem über nur wenige loyale Anhänger innerhalb der Ministerialbürokratie. Sie war daher auf die Zusammenarbeit mit den in ihrem Positionen verbliebenen Karrierebeamten in den Ministerien angewiesen, was dann wiederum zu Problemen bei der politischen Kontrolle der Verwaltung führte.

Vermutlich noch problematischer war jedoch die Tatsache, daß *alle* demokratischen Parteien auf die Wahrnehmung der ihnen nunmehr zugefallenen Macht schlecht vorbereitet waren. Sie verkannten durchweg, daß die Funktionsfähigkeit eines parlamentarischen Systems von der Fähigkeit zur Bildung stabiler Regierungsmehrheiten abhängt. Angesichts der Brisanz der sozioökonomischen Probleme schätzten sie die Gefahr einer Erosion der eigenen Wählerbasis im Falle von wirtschaftspolitischen Zugeständnissen höher ein als die Gefahr, die für das Regierungssystem insgesamt von der chronischen Regierungsinstabilität ausging. Diese Probleme der parlamentarischen Mehrheitsbildung wurden durch die Präsenz links- und rechtsextremistischer Parteien noch verschärft, die politischen Pragmatismus als *Bereitschaft zum Eingehen fauler Kompromisse* denunzierten. Insofern stellt das Parteiensystem der Weimarer Republik den klassischen Fall eines *polarisierten Pluralismus* im Sinne Sartoris (1976) dar, bei dem die Wählerbasis der politischen Mitte fortlaufend zugunsten der extremen Flügelparteien erodierte.

Am rechten und linken Rand des Parteienspektrums entwickelten sich dabei neue, anti-demokratische politische Eliten, die sich in ihrer sozialen Komposition sowohl von den traditionellen Eliten des Kaiserreichs, als auch von denen der gemäßigten Parteien unterschieden. Insofern ist es also unangemessen, von einer Kontinuität der Eliten vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik auszugehen. Der Elitenwandel zwischen 1920 und 1933 war tatsächlich sogar ausgeprägter als der beim Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Er vollzog sich aber nicht durch einen Austausch der Eliten innerhalb der bestehenden Organisationen, sondern durch Veränderungen im Parteiensystem.

Angesichts der chronischen Regierungsinstabilität der Weimarer Republik eröffnete das Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten nach Art. 48 WRV einen Ausweg, da der Reichspräsident Regierungen berufen und im Amt halten konnte, ohne daß diese über eine parlamentarische Mehrheit verfügten. Während Ebert von diesem Recht nur in Ausnahmefällen Gebrauch gemacht hatte, griff Hindenburg mehr und mehr darauf zurück, besonders als sich im Gefolge der Weltwirtschaftskrise die Voraussetzungen für eine parlamentarische Mehrheitsbildung rapide verschlechterten. Der Rücktritt der Regierung Müller im März 1930 markierte schließlich den Übergang von einem parlamentarischen zu einem quasi-präsidentiellen System.

Diese Entwicklung spiegelte sich auch in den Rekrutierungsmustern der Mitglieder der Reichsexekutive wider. Während die Regierungsmitglieder in den ersten Jahren der Weimarer Republik, den Gepflogenheiten parlamentarischer Systeme entsprechend, überwiegend aus dem Parlament stammten, kehrte mit dem Niedergang der Weimarer Republik das traditionelle Muster der Berufung sog. *parteiunabhängiger Fachleute* wieder, d. h. die Rekrutierung der Exekutive aus Ministerialbürokratie, Wirtschaft, Verbänden und Wissenschaft (Best, 1989; Boldt, 1990, 249).

3. Elitentransformation während der nationalsozialistischen Herrschaft

Die nationalsozialistische Herrschaft führte ab 1933 zu einem tiefgreifenden Wandel der Elitenstruktur, der in mehreren Etappen vor sich ging. Auch wenn dieser Wandel nicht unmittelbar mit der Frage der Elitentransformation im Zuge von Demokratisierungsprozessen zusammenhängt, scheint es durchaus sinnvoll, diese Veränderungen wenigstens kurz zu skizzieren. Denn dadurch lassen sich Kontraste zur Elitentransformation in den drei Demokratisierungsphasen besser herausarbeiten.

Nach der Machtübernahme, die im übrigen nicht ohne Unterstützung durch Teile der konservativen Eliten möglich gewesen wäre, etablierten die Nationalsozialisten als erstes die vollständige Kontrolle über die Exekutive. In der am 30. Januar 1933 gebildeten Reichsregierung, einer Koalitionsregierung aus NSDAP und Deutschnationaler Volkspartei (DNVP), wurden außer dem Reichskanzleramt die wichtigsten Ministerposten zwar zunächst noch von DNVP-Vertretern und unabhängigen Fachleuten gehalten. Diese Personen wurden jedoch relativ rasch durch nationalsozialistische Politiker ersetzt (Boldt, 1990, 262). Die Restbestände des parlamentarischen Systems wurden ebenfalls sehr schnell zerschlagen. Den Hebel hierzu bot das *Ermächtigungsgesetz* vom März 1933, mit dem der Reichstag sich selbst entmachtete und der Reichsregierung umfassende politische Vollmachten übertrug. Das Verbot bzw. die Selbstauflösung der politischen Parteien folgten auf dem Fuße (Boldt, 1990, 262).

Mit dem Verbot freier Gewerkschaften und der Schaffung der Deutschen Arbeitsfront wurde bereits im Sommer 1933 ein weiterer Pfeiler der unabhängigen Opposition zerschlagen. Ferner wurde auf Druck der Nazis 1933 auch die Führung der Protestantischen Kirche ausgewechselt (Zapf, 1965, 104 f., 240 f.).

Die Nationalsozialisten hatten schon früh die Bedeutung moderner Massenpropaganda erkannt. Daher legten sie großen Wert auf eine Kontrolle der Massenmedien, wobei sie sich zunächst auf den Rundfunk konzentrierten. Bereits im Wahlkampf zur Reichstagswahl vom 5. März 1933 setzte die Reichsregierung den Rundfunk zur Übertragung ihrer Wahlkampfpropaganda ein. Die geltenden Rundfunkrichtlinien, die eine Werbung für politische Parteien ausschlossen, wurden dabei mit dem Argument umgangen, es handle sich nicht um parteipolitische Sendungen, sondern um Stellungnahmen der Reichsregierung. Damit waren gleichzeitig die übrigen Parteien von der Nutzung dieses Mediums ausgeschlossen (Diller, 1980, 61 ff.). Da der 1923 in Deutschland eingeführte Rundfunk ohnehin schon seit Ende der zwanziger Jahre staatlicher Oberaufsicht unterstand, konnte das nach den Märzwahlen eingerichtete Propagandaministerium die Programmgestaltung relativ schnell unter seine Kontrolle bringen. Bereits im Sommer 1933 wurden die Programmbeiräte sowie die Mitwirkungsrechte der Länder bei der Programmgestaltung abgeschafft. Beim hauptamtlichen Personal blieb es jedoch zunächst bei einigen Rücktritten und personellen Umbesetzungen, während das Gros der Mitarbeiter in seinen Stellungen verblieb. Die politische Kontrolle wurde in erster Linie durch politischen Druck und erst in zweiter Linie durch Entlassungen bewerkstelligt (Diller, 1980, 75).

In den übrigen gesellschaftlichen Sektoren blieb dagegen während der ersten Jahre die Kontinuität in der Organisations- und Personalstruktur weitgehend gewahrt. Dies gilt auch für die der Politik direkt nachgeordneten Berei-

che Verwaltung, Justiz und Reichswehr. Allerdings wurden schon sehr bald jüdische und „*politisch unzuverlässige*" Beamte aus dem Staatsdienst entlassen. Die Zahl dieser Entlassungen fiel aber nicht sehr ins Gewicht. Lediglich in Preußen, das von 1919 bis 1932 sozialdemokratisch regiert worden war, war davon etwa ein Viertel der höheren Beamtenschaft betroffen (Boldt, 1990, 262).

Diese organisatorische und personelle Kontinuität war Teil der Strategie der *legalen Machtergreifung* durch die Nationalsozialisten. Sie sollte in der Anfangsphase die Unterstützung durch die konservativen Eliten, die Beamtenschaft wie auch durch die Bevölkerung sicherstellen (Boldt, 1990, 268). Erst mit der Festigung der nationalsozialistischen Herrschaft wurden ab Mitte der 30er Jahre die in ihren Positionen verbliebenen traditionellen Eliten zunehmend entbehrlich und konnten nach und nach durch Nationalsozialisten ersetzt werden. Dies betraf zuletzt auch die Reichswehr und den Auswärtigen Dienst.

Der einzige Sektor, der während der gesamten Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft weitgehend unangetastet blieb, war die Wirtschaft. Zwar wurden auch die Unternehmerverbände schon kurz nach der Machtergreifung in die sog. Reichsstände eingegliedert (Boldt, 1990, 262). Im Großen und Ganzen funktionierte die Kooperation zwischen dem Naziregime und den Repräsentanten der deutschen Wirtschaft aber reibungslos. Ebenso wie das deutsche Unternehmertum bis 1918 die Monarchie unterstützt hatte, akzeptierte es nun die nationalsozialistische Diktatur, die ihm ebenfalls vorteilhafte Arbeitsbedingungen sicherte.

4. Westdeutschland nach 1945

Während die Gründung der Weimarer Republik lediglich eine Verschiebung in den politischen Machtverhältnissen bei weitgehender Kontinuität der Eliten mit sich gebracht hatte, zeichnete sich der politische Umbruch in Westdeutschland nach 1945 durch ein wesentlich komplexeres Muster von Kontinuität und Wandel aus. Im Sektor Politik und in den Massenmedien erfolgte eine grundlegende organisatorische Umstrukturierung. Diese wurde nicht zuletzt durch die Lizenzierungspolitik der alliierten Siegermächte erzwungen. Bis zur Gründung der Bundesrepublik wurden nur solche politischen Parteien zugelassen, deren Führungspersonal über den Verdacht nationalsozialistischen Mitläufertums erhaben war. Dies begünstigte den Aufbau einer neuen politischen Führungsschicht, deren Mitglieder sich hauptsächlich aus zwei Gruppen rekrutierten. Einmal gehörten hierzu Politiker und Mitglieder der früheren demokratischen Parteien, unter Einschluß der Kommunisten. Sie bildeten die Kristallisationskerne

der wieder- bzw. neugegründeten Parteien und dominierten die zwischen 1946 und 1948 gewählten Landesregierungen sowie die erste Bundesregierung. Quantitativ bedeutsamer waren allerdings politische Nachwuchskräfte, die schon aus Altersgründen vor 1945 noch nicht politisch aktiv gewesen sein konnten (vgl. Zapf, 1965, 148). Zu dieser zweiten Gruppe gehörten beispielsweise Helmut Kohl, Franz Joseph Strauß und Helmut Schmidt, die ihre politische Karriere in der unmittelbaren Nachkriegszeit begannen.

Natürlich versuchten auch ehemalige Nationalsozialisten, sich den neu zugelassenen Parteien anzuschließen. Belasteten Personen war aber der Aufstieg in höhere politische Ämter versperrt bzw. sie mußten ihre Positionen räumen, sobald Hinweise auf ihre nationalsozialistische Vergangenheit aufkamen. In den ersten Jahren sorgten hierfür die alliierten Militärbehörden, später die Medien und/oder innerparteiliche Gegner.[3] Faktisch wurde dadurch die gesamte ehemalige Funktionärsschicht der Nationalsozialisten aus der westdeutschen Politik eliminiert. Der Personalaustausch im Sektor Politik war also nicht auf die Spitzenpositionen beschränkt, sondern erstreckte sich auch auf die nachgeordneten Organisationsebenen.

Die Neuordnung in den Massenmedien vollzog sich in analoger Weise. Wie die politischen Parteien unterlagen auch sämtliche Presseorgane bis 1949 einer Lizensierungspflicht. Die Leitung der Rundfunkanstalten wurde zunächst von den Alliierten selbst übernommen. Von Anfang 1948 bis Mitte 1949 wurde dann nach und nach ein öffentlich-rechtliches Rundfunksystem aufgebaut, das noch bis 1955 alliierter Oberaufsicht unterstand (Bausch, 1980, 10 f.).

Die neuen Verleger, Intendanten und Chefredakteure rekrutierten sich aus drei unterschiedlichen Gruppen. Die erste Gruppe waren Journalisten demokratisch orientierter Zeitungen der Weimarer Periode. Diese spielten vor allem beim Aufbau der Presse eine Rolle. Beim Rundfunk, der 1933 noch ein recht junges Medium gewesen war, konnte dagegen kaum auf Mitarbeiter aus der Weimarer Zeit zurückgegriffen werden (Bausch, 1980, 151). Zur zweiten Gruppe zählten unabhängige Persönlichkeiten ohne einschlägige Berufserfahrung, deren Gegnerschaft zum Nationalsozialismus zweifelsfrei erwiesen war. Auch diese waren bei den Printmedien wichtiger als im Rundfunk (vgl. Meyn, 1968, 35 f.). Und drittens bot der Neuanfang auch in diesem Sektor Nachwuchskräften eine Chance zum schnellen Aufstieg. Rudolf Augstein und Axel Springer können hier als herausragende Beispiele genannt werden.

---

3 So mußte beispielsweise der erste Landesgeschäftsführer der CSU, Wilhelm August Schmidt, 1946 auf Wunsch der amerikanischen Militärregierung zurücktreten, weil er noch kein Entlastungsverfahren durchlaufen hatte (vgl. Mintzel, 1975, 153 f.). Mintzel beschreibt sehr anschaulich, wie unverblümt dessen Gegner in der CSU seine Nazivergangenheit als Mittel im innerparteilichen Machtkampf einsetzten.

Das Verbandswesen, das von den Nationalsozialisten gleichgeschaltet gewesen war, mußte ebenfalls neu aufgebaut werden, wobei auf seiten des Unternehmerlagers auf die Organisationsstrukturen von vor 1933 zurückgegriffen wurde. Die personelle Kontinuität war dabei relativ hoch. Beispielsweise verblieb fast die Hälfte der (Haupt)Geschäftsführer in ihren Ämtern (vgl. Tornow, 1979, 250 ff.). Innerhalb der Gewerkschaften fiel schon sehr schnell die Entscheidung für eine gegenüber der Zeit vor 1933 vollständige Neuorganisation. Angesichts der Schwäche der Gewerkschaften während der Weimarer Jahre und der traumatischen Erfahrungen nach 1933 setzte sich das Prinzip der industrieverbandlichen Einheitsgewerkschaft gegenüber dem Prinzip der Richtungsgewerkschaften durch (Bernecker, 1979). Trotz dieser organisatorischen Diskontinuität war die personelle Kontinuität aber auch hier beträchtlich.

In den übrigen Sektoren mußten lediglich diejenigen Führungskräfte ihre Positionen räumen, die aufgrund ihrer engen Zusammenarbeit mit der nationalsozialistischen Führung diskreditiert waren. Darüber hinaus fand weder ein systematischer Personalaustausch noch eine Reorganisation statt. Ganz generell genossen in den nicht im engeren Sinne politischen Sektoren Effizienzkriterien Vorrang vor dem Wunsch, politisch belastete Personen aus dem öffentlichen Leben zu entfernen (vgl. Edinger, 1960; Zapf, 1965, 145 ff.). Neben den Kirchen findet sich das höchste Maß an Kontinuität in der öffentlichen Verwaltung. Hier wurde die offizielle Entnazifizierungspolitik im Interesse eines schnellen Wiederaufbaus effektiver Verwaltungsstrukturen schon bald wieder aufgegeben, so daß zahlreiche belastete Führungskräfte nach relativ kurzer Zeit in ihre Ämter zurückkehren konnten (Derlien und Lock, 1994, 62; Derlien, 1993, 328; Zelinski, 1979).[4] Herausragendstes Beispiel für eine in der Nazizeit begonnene Karriere, die bis in die westdeutsche Verwaltungselite führte, ist zweifellos Hans Globke, der ehemalige Kommentator der Nürnberger Rassengesetze, der von Adenauer zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt berufen wurde (Greiffenhagen und Greiffenhagen, 1979, 46).

Die von Edinger für die Mitglieder der westdeutschen Elite von 1956 gesammelten Daten erlauben es, das Ausmaß der Kontinuität auch quantitativ zu bestimmen (1960, 66 f.). Danach war weniger als ein Zehntel der führenden Nachkriegspolitiker bereits zwischen 1933 und 1944 in der Politik tätig.[5] In den nichtpolitischen Sektoren läßt sich dagegen eine weit höhere berufliche Kontinuität feststellen. Mit Ausnahme der Gewerkschaftselite (0%) und der

4 Diese Kontinuität wurde 1949 sogar in Art. 33 GG verfassungsmäßig verankert, der besagt, daß das Recht des öffentlichen Dienstes unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln ist.

5 Am höchsten war dieser Prozentsatz noch bei den SPD-Politikern. Hieraus kann man ersehen, daß selbst Personen in dieser Kategorie nicht durchweg als ehemalige Nazis klassifiziert werden können.

Medienelite (34%) waren durchweg mindestens zwei Fünftel bereits vor 1940 im selben Beruf bzw. Sektor tätig.[6]

Diese Zahlen scheinen in Widerspruch zu Feststellungen zahlreicher Kritiker zu stehen, nach denen ehemals ranghohe Nazis in den Aufbaujahren eine wichtige Rolle im öffentlichen Leben der Bundesrepublik spielten. Noch Ende der siebziger Jahre sprachen beispielsweise Greiffenhagen et al. vom Schatten des Nationalsozialismus, der über der Bundesrepublik liege (1979, 46). Diese Kritik hat zwar durchaus ihre Berechtigung, soweit sie sich auf die Kontinuität gesellschaftlicher Strukturen und Wertorientierungen bezieht. Im Hinblick auf die Elitenrekrutierung geht sie jedoch von falschen Voraussetzungen aus. Denn hier kann die Frage nicht lauten, ob Personen, die zuvor (aktive) Mitglieder der NSDAP waren, ihre Karriere in der Bundesrepublik fortsetzen konnten. Vielmehr ist hier lediglich das Ausmaß an personeller Kontinuität in herausgehobenen Führungspositionen von Interesse. In dieser Hinsicht ist der Vorwurf einer Kontinuität des Führungspersonals zwischen Nazizeit und früher Bundesrepublik erheblich zu differenzieren. Zwar ist unstrittig, daß die meisten Personen, die während der Nazizeit eine berufliche Karriere begannen oder fortsetzen wollten, der NSDAP beitraten und das Regime zumindest nach außen hin unterstützten. Ferner steht außer Zweifel, daß im Zuge der Entnazifizierung zahlreiche belastete Personen durch falsche Angaben oder aus Gründen ihrer (vermeintlichen) Unentbehrlichkeit für den Wiederaufbau, ihre Karriere fortsetzen konnten. Vor allem in der Politik und in den Massenmedien ist jedoch ein deutlicher Bruch gegenüber der Nazizeit selbst auf den unteren Hierarchieebenen zu konstatieren.[7]

Edingers Zahlen zeigen aber auch, daß bestenfalls ein Fünftel der Angehörigen der westdeutsche Elite von 1956 der Opposition angehört hatte. Das dominante Merkmal der westdeutschen Nachkriegselite war also nicht die Zugehörigkeit zum Widerstand, sondern Mitläufertum oder innere Emigration. „In the German Federal Republic the totalitarian elite was not succeeded by a counter-elite, but rather by a coalition of elites whose members were drawn largely from the ranks of those individuals who had been neither strong and consistent proponents nor opponents of the totalitarian regime" (Edinger, 1960, 76).

6 Für die Kriegsjahre sind die Zahlen geringer, da ein Zehntel der Eliten Kriegsdienst leistete.

7 Natürlich gab es auch ehemalige NSDAP-Mitglieder, denen der Aufstieg in Führungspositionen in den beiden zuletzt genannten Sektoren gelang. Hierbei handelte es sich aber überwiegend um Personen, die während der Nazizeit noch am Anfang ihrer Karriere standen und deren Aufstieg in Führungspositionen sich überwiegend nach 1945 vollzog. Kurt Georg Kiesinger, der vor 1945 immerhin Stellvertretender Leiter der Rundfunkabteilung im Reichsaußenministerium war und 1966 Bundeskanzler der Großen Koalition wurde, ist dabei sicherlich als Grenzfall anzusehen (Greiffenhagen und Greiffenhagen, 1979, 46).

Edinger hat schon früh auf die theoretischen Implikationen dieses Tatbestandes hingewiesen, der keineswegs eine Besonderheit der alten Bundesrepublik darstellt. Danach ist die Erwartung unrealistisch, in totalitären Regimen könne sich eine Gegenelite herausbilden, die nach dem Fall des Regimes fähig sei, die freigewordenen Herrschaftspositionen einzunehmen und die totalitäre Elite zu ersetzen (1960, 76 ff.). Hauptgrund hierfür ist zweifellos nicht der Mangel an Gegnern des totalitären Regimes. Die Gegnerschaft alleine ist aber noch keine hinreichende Qualifikationsvoraussetzung für die Einnahme von Elitepositionen. Vielmehr bedarf es einschlägiger beruflicher Erfahrungen, die sich eher bei den ehemaligen Mitläufern als bei den Angehörigen der Opposition finden. Edinger schließt seine Analyse der frühen westdeutschen Elite mit einer Bemerkung, die gerade im Vergleich zu den Entwicklungen in der DDR nach 1945 und in den neuen Bundesländern nach der deutschen Wiedervereinigung nach wie vor äußerst aktuell anmutet: „It follows that to carry through a post-totalitarian political purge demands either the replacement of the native elites by foreigners or extensive socio-economic dislocation." (1960, 80)

5. Ostdeutschland nach 1945 und 1989

In der *Sowjetischen Besatzungszone* erfolgte nach 1945 eine durch die sowjetische Besatzungsmacht und die KPD-Führung gesteuerte Elitentransformation, die noch umfassender war und vor allem wesentlich schneller durchgeführt wurde als die während der Nazizeit. Die gesamte alte Führungsschicht wurde durch Personen ersetzt, die der KPD (bzw. SED) angehörten oder ihr zumindest nahestanden. Dieser Elitenaustausch erstreckte sich auch auf den Wirtschaftssektor. Dabei genoß die Etablierung einer vollständigen politischen Kontrolle über die Gesellschaft eindeutigen Vorrang gegenüber Effizienzkriterien. Dementsprechend verzögerte sich im Vergleich zu Westdeutschland der Wiederaufbau von Verwaltungs-, Justiz- und Wirtschaftsstrukturen.

Analysen der DDR-Elite zeigen, daß es sich dabei um eine gerontokratische, monopolistische und von der Gesellschaft abgehobene Elitenformation handelte. Interne Differenzierungen nach Generation, Sektor oder Parteizugehörigkeit spielten eine nur untergeordnete Rolle. Der einzig relevante Rekrutierungskanal war der Aufstieg über die Parteihierarchie. Die spätere Entwicklung bestätigte dabei die Richtigkeit der Annahme von Peter Christian Ludz (1968), wonach das Herkommen der alten KPD-Führung aus Konspiration und Illegalität[8] die Herausbildung eines geschlossenen inneren Führungszir-

8 Ludz (1968, 1) spricht von *Geheimbundtradition*.

kels (*strategische Clique*) bedingte, dessen Zusammenhalt auf einer ideologisch begründete Loyalität gegenüber der Partei beruhte.

Nachdem das SED-Regime sich mit dem Mauerbau konsolidiert hatte, erwartete Ludz in den sechziger Jahren jedoch, daß diese KPD-Generation nach und nach durch jüngere, eher technokratisch orientierte Eliten abgelöst werden würde (*institutionalisierte Gegenelite*). Dies werde zu einer Umorientierung der DDR-Politik in Richtung auf einen pragmatischeren und ökonomisch erfolgreicheren Kurs führen, zu einem *konsultativen Autoritarismus* (1968, Kap. 1). Ludz stützte diese Erwartung auf Reformansätze, die Anfang der sechziger Jahre auf eine Öffnung der DDR-Politik hindeuteten, sich tatsächlich aber als kurzlebig erwiesen. Stattdessen hielt die alte KPD-Garde an der Macht fest und die SED-Führung erneuerte sich über die Jahrzehnte des Bestehens der DDR nur minimal. Dementsprechend nahm das Durchschnittsalter im Verlauf der Jahre beträchtlich zu. Im Vergleich zur Ulbricht-Ära war es bis zu den späten achtziger Jahren bei den Mitgliedern des SED-Zentralkomitees von 46 auf 61 Jahre gestiegen und bei den Mitgliedern des Politbüros gar von 52 auf 65 Jahre (vgl. Schneider, 1994, 78 f.; Meyer, 1991, 151 ff.). Bis 1989 verblieben Männer der ersten Stunde wie Erich Honecker, Erich Mielke, Kurt Hager und Horst Sindermann in den zentralen Kommandopositionen. Selbst der *Kronprinz* und kurzzeitige Nachfolger Honeckers, Egon Krenz (Jahrgang 1937), hatte 1989 die Fünfzig bereits überschritten.[9]

Nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes erlebte Ostdeutschland dann zum dritten Mal in diesem Jahrhundert eine umfassende Elitentransformation. Deren Notwendigkeit ergab sich sowohl aus der Überalterung der DDR-Elite, als auch aus der monopolistischen Machtstruktur der DDR, in der neben der SED keine autonome Machtzentren existierten. Die Eigenständigkeit der *Massenorganisationen* und *Blockparteien* hatte sich in engen Grenzen gehalten. Anders als 1945 in Westdeutschland, waren nach fast 57 Jahren Diktatur auch keine organisatorischen Erfahrungen aus vortotalitärer Zeit mehr vorhanden, an die hätte angeknüpft werden können. Zudem mußte die Struktur der Wirtschaft neu geordnet werden. Mit der Ablösung der SED von der Macht war also ein Elitenvakuum entstanden, das nun mit neuem Personal gefüllt werden mußte. Der Elitenaustausch erstreckte sich dementsprechend nicht nur auf die politische Elite im engeren Sinne, sondern auch auf alle übrigen Sektoren.

Innerhalb des kurzen Zeitraums von Herbst 1989 und Frühjahr 1990 reklamierten die ehemaligen Blockparteien und die Massenorganisationen ihre Unabhängigkeit von der SED. Auch die Medien lösten sich vom politischen

9 In den übrigen osteuropäischen Ländern einschließlich der Sowjetunion fand dagegen in der Nach-Stalin-Ära eine Elitentransformation in dem von Ludz prognostizierten Sinne statt (vgl. Higley et al., 1996, 135).

Gängelband. Zusätzlich wurden verschiedene neue Parteien und zahlreiche Interessengruppen gegründet. Die Elitenstruktur pluralisierte sich. Die Ablösung der alten Elite beschleunigte sich noch im Verlauf des Jahres 1990. Ab Anfang 1990 reflektierte sie allerdings nicht mehr ausschließlich interne Entwicklungsprozesse, sondern ergab sich weitgehend aus der Dynamik des Einigungsprozesses. Dabei war von vornherein klar, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten sich unter „westlichen" Vorzeichen vollziehen würde, d. h. durch Übernahme des Institutionensystems und des intermediären Systems der alten Bundesrepublik. Westdeutsche Parteien und Verbände versuchten daher bereits ab Anfang 1990, über Fusionen mit ihren ostdeutschen Pendants in der zunächst noch selbständigen DDR Fuß zu fassen. Spätestens während des Wahlkampfs zur Volkskammerwahl vom 18. März 1990, in dem die westdeutschen Parteien massive Wahlhilfe leisteten, wurde dies auch nach außen hin sichtbar.

Die Zusammenschlüsse der ost- und westdeutschen Organisationen erfolgten dabei nicht paritätisch, sondern wurden durch die westdeutschen Partner dominiert. Faktisch handelte es sich um einen Anschluß der ostdeutschen Organisationen an die westdeutschen. Dies war teilweise eine einfache Konsequenz des Zahlenverhältnisses bei den Mitgliedern. Aber mehr noch resultierte dieses Mißverhältnis aus der mangelnden Erfahrung der Ostdeutschen im westlichen (Politik-)Geschäft wie auch aus der größeren Finanzkraft der westdeutschen Organisationen. Denn LDPD und NDPD wiesen beispielsweise bei ihrem Beitritt zur FDP eine größere Mitgliederzahl auf als diese. Dennoch waren die ostdeutschen Landesverbände beim Vereinigungsparteitag mit lediglich 260 Delegierten vertreten, während die westdeutschen 402 Delegierte stellen konnten (Niclauß, 1995, 108).

Während in der sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR die Elitentransformation nach 1945 unter bewußter Inkaufnahme eines verzögerten Wiederaufbaus herbeigeführt worden war, ist für die Zeit nach 1989 das zweite von Edinger erwähnte Modell realisiert worden, nämlich das des *Elitentransfers*. Angesichts des Mangels an einschlägig qualifiziertem ostdeutschem Personal wurde vielfach auf westdeutsche Führungskräfte zurückgegriffen. Diese Möglichkeit ergab sich aus der spezifischen Konstellation der deutschen Teilung und ist insofern als historischer Ausnahmefall zu betrachten.

Der Elitentransfer von West nach Ost trug zu einer zügigen und effektiven Transformation der politischen und ökonomischen Strukturen in Ostdeutschland bei. Allerdings ist er mit einer gewissen Berechtigung von vielen Ostdeutschen als *Kolonisierung* durch den Westen empfunden worden. Denn dadurch verfügen die Bürger der neuen Bundesländer nur über wenige einheimische

Führungsfiguren als Identifikationsobjekte.[10] Dementsprechend sind die Ostdeutschen innerhalb der neuen gesamtdeutschen Elite unterrepräsentiert, wobei diese Unterrepräsentation allerdings sektorspezifisch unterschiedlich ausfällt. Eine 1995 durchgeführte gesamtdeutsche Elitenstudie ergab, daß 12% der befragten Positionseliten ostdeutscher Herkunft sind, also vor 1989 in der DDR lebten. Im Sektor Politik sind Ostdeutsche dabei mit 32% am stärksten vertreten, in der Wirtschaftselite (0.4%) und im Militär (0.0%) am schwächsten (Bürklin, 1996).

Der im Verhältnis zu den Bevölkerungszahlen (15.6 zu 65.5 Millionen, d. h. 19.3%) hohe Ost-Anteil in der gesamtdeutschen politischen Elite ist allerdings teilweise ein Artefakt der zur Auswahl der Zielpersonen verwendeten Positionsmethode. Denn unter den für die Studie ausgewählten Führungspositionen dominieren rein quantitativ die Positionen der Landesebene, was aufgrund der relativ großen Zahl der neuen Bundesländer (5 von 15, ohne Berücksichtigung Berlins) und der durch die Vertretung der PDS größeren Zahl von Fraktionen in den Landesparlamenten automatisch zu einer verstärkten Berücksichtigung von Politikern aus den neuen Bundesländern führt (vgl. Bürklin, 1996).[11]

In Übereinstimmung mit dem von Putnam (1976) konstatierten *Gesetz der zunehmenden Disproportionalität*, nach dem der Anteil der Angehörigen unterprivilegierter Gruppen mit zunehmender Positionshöhe abnimmt, sind Personen aus den neuen Bundesländern in der Kommunalpolitik am besten vertreten, wo eine langjährige Verbundenheit mit der Gemeinde in der Regel Voraussetzung für die Erringung eines Mandats ist (vgl. Redlingshöfer und Hoffmann-Lange, 1997). Auch unter den von Derlien und Lock untersuchten Landtagsabgeordneten der ersten Legislaturperiode betrug der Anteil der Westimporte lediglich 2.4% (1994, 87). Dagegen stammten fast zwei Fünftel (18 von 53) der ostdeutschen Landesminister sowie zeitweilig drei der fünf Ministerpräsidenten aus dem Westen. Betrachtet man schließlich die zentralen nationalen Entscheidungsgremien, so sind die Ostdeutschen dort eher unter-

10 Dies hat nicht zuletzt dazu beigetragen, daß die Nostalgie gegenüber dem alten System, die sich nach Huntington (1991) in allen post-autoritären Systeme beobachten läßt, in Ostdeutschland besonders ausgeprägt ist. Baylis (1995, 7) konstatiert, daß es den Ostdeutschen dadurch an Führungsfiguren mangelt, „that can gain acceptance of east Germans as partners and not simply the objects of west German policy-makers". Wiesenthal (1996) verweist in einem ähnlichen Zusammenhang auf die Kontextfremdheit und teilweise mangelnde Sensibilität der aus dem Westen gekommenen Führungskräfte, lehnt jedoch die These ab, daß aus diesem Elitentransfer auf eine mangelnde Berücksichtigung der materiellen Interessen der Ostdeutschen geschlossen werden kann. Als Nachteil sieht er eher, daß hierdurch teilweise überlebte Strukturen aus dem Westen in die neuen Länder exportiert wurden.

11 Hinzu kommt noch eine höhere Ausschöpfungsquote bei den Landespolitikern im Vergleich zu den Bundespolitikern. Vgl. den Feldbericht *Gesamtdeutsche Elitestudie 1995* der Infratest Burke Sozialforschung.

repräsentiert. In den Fraktionsvorständen des Bundestags finden sich – unter Außerachtlassung der PDS – nur sieben Ostdeutsche (von 42, d. h. 16.7%),[12] unter den 42 Mitgliedern der 1994 gebildeten Bundesregierung (Minister plus Parlamentarische Staatssekretäre) sind es sogar nur fünf (9.5%). Dennoch ist die Politik aber zweifellos derjenige Sektor, in dem Personen aus den neuen Bundesländern noch am besten repräsentiert sind.

Im Hinblick auf frühere Parteimitgliedschaften und politische Funktionen läßt sich feststellen, daß in den neuen Bundesländern nach 1989 – ähnlich wie in Westdeutschland nach 1945 – ein umfassender Austausch der politischen Elite stattgefunden hat. Praktisch das gesamte politische Führungspersonal – einschließlich Reformern wie Hans Modrow – wurde abgelöst. Von den 1990 gewählten Landtagsabgeordneten war weniger als die Hälfte bereits zu DDR-Zeiten Mitglied der SED oder einer der Blockparteien und nur ein Zehntel nahm eine politische Funktion ein (vgl. Derlien und Lock, 1994, 75 ff.).

Selbst innerhalb der PDS vollzog sich ein beträchtlicher Elitenaustausch, der sich nicht zuletzt im Übergang des Parteivorsitzes von Egon Krenz auf Gregor Gysi manifestierte. Denn trotz langjähriger Parteimitgliedschaft nahm Gysi zu DDR-Zeiten keine politischen Ämter wahr, sondern arbeitete als Rechtsanwalt (u. a. als Verteidiger von Oppositionellen). Nur etwas über ein Drittel der PDS-Abgeordneten im 1994 gewählten Bundestag war schon vor 1990 Parteimitglied (11 von 30). Weitere 11 hatten zwar politische oder administrative Ämter innegehabt, jedoch durchweg nur auf lokaler bzw. regionaler Ebene.[13] Die meisten sind dagegen noch relativ jung und waren vor 1990 in Bildung und Wissenschaft tätig, haben also einen völlig anderen beruflichen Background als die alten DDR-Parteikader. Ein Blick auf ihre Biographien läßt die Annahme absurd erscheinen, von diesem Personenkreis könne eine Gefährdung der deutschen Demokratie ausgehen. Allerdings ist die Kontinuität auf der mittleren Führungsebene erheblich größer als in den übrigen Parteien.

Die ehemalige Opposition spielte als Rekrutierungsreservoir für die neue politische Elite kaum eine Rolle. Eine Ursache hierfür ist zweifellos darin zu suchen, daß diese in der DDR sehr viel schwächer war als in den übrigen osteuropäischen Ländern. Noch gewichtiger dürfte jedoch gewesen sein, daß den Oppositionsgruppen die politische Erfahrung und die organisatorische Basis fehlten, die notwendig gewesen wäre, um unter den veränderten Bedingungen wettbewerbsfähige Parteien aufzubauen. Hinzu kam, daß es sich bei

12 In der PDS kommen in Übereinstimmung mit dem primär ostdeutschen Charakter der Partei fünf der sechs Mitglieder des Fraktionsvorstandes aus dem Osten.

13 Die höchste Position war die eines Mitglieds der Parteileitung auf Kreisebene.

ihren Aktivisten überwiegend um Intellektuelle handelte, die aus idealistischen Motiven heraus agierten, ohne eine klare politische Alternative vor Augen zu haben oder politische Macht anzustreben.[14] Die einzige Oppositionsgruppe, der es gelang, gewisse Wahlerfolge zu erzielen, war das Bündnis '90. Seine Führung erkannte jedoch schon bald, daß ein dauerhaftes Überleben nur über die Fusion mit den westdeutschen Grünen möglich war. Nur wenige aus der ehemaligen Opposition fanden wie Manfred Stolpe, Wolfgang Thierse und Rainer Eppelmann den Weg in die etablierten politischen Parteien. Einige hängen nach wie vor an ihren alten Idealen und kritisieren, daß die Realität der parlamentarischen Demokratie wenig mit dem zu tun hat, was sie einstmals anstrebten, während andere konkrete Aufbauarbeit in Basisgruppen leisten. Die meisten allerdings „haben sich gegen die Politik und für ihren privaten Beruf entschieden" (Pollack, 1995, 41).[15] Insofern gilt also auch für die neuen ostdeutschen Politiker, was Edinger (1960) bereits für die westdeutschen Eliten nach 1945 konstatierte: Die Mehrheit von ihnen gehörte weder der alten Elite, noch dem Widerstand, sondern der „Grauzone" der Mitläufer an (vgl. auch Baylis, 1995, 10).

Die Daten der Potsdamer Elitestudie von 1995 (vgl. Bürklin und Rebenstorf, 1996) geben darüber hinaus erstmals einen Überblick über die Struktur der übrigen Eliten. Aufgrund der formalen Qualifikationsvoraussetzungen kann es nicht verwundern, daß der Elitentransfer von West nach Ost in der Verwaltung besonders ausgeprägt war. Ganz abgesehen davon, daß das Gros der Bundesbehörden bislang an seinen Standorten im Westen verblieben ist, liegt der Anteil der „Westimporte" bei den Staatssekretären in den Landesministerien der neuen Bundesländer mit etwa einem Drittel recht hoch. In der Wissenschaft und den Medien erreicht der Anteil der Eliten westdeutscher Herkunft mit 50 Prozent aber sogar noch deutlich höhere Werte. In einigen anderen Sektoren, nämlich Wirtschaft, Verbänden, Militär und Justiz, bedurfte es eines solchen Elitentransfers schon alleine aus dem Grunde nicht, als praktisch alle entsprechenden Unternehmen, Verbandsgeschäftsstellen, Militärdienststellen und Bundesgerichte im Westen verblieben sind. Hier wird wohl

14 Srubar (1994) hat noch auf eine weitere strukturelle Ursache hingewiesen, die nichts mit den spezifischen Bedingungen der DDR zu tun hat. Die geringe Bedeutung der ehemaligen Oppositionsbewegungen in allen osteuropäischen Ländern ergibt sich s. E. daraus, daß sich deren Prestige vor allem auf ihre kompromißlose Haltung gegenüber dem Regime gründete. Nach dem Zusammenbruch dieses Regimes ergab sich für sie daraus ein Entscheidungsdilemma zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik, aufgrund dessen es ihnen schwerfällt, praktische Politik zu betreiben.

15 Dennoch darf man hieraus nicht den Schluß ziehen, daß die Bürgerbewegungen mit der Vereinigung Deutschlands jeglichen Einfluß verloren haben. Tatsächlich sind vor allem die von der realpolitischen Entwicklung Enttäuschten vielfach in den Medien präsent und haben sehr stark das vorherrschende Bild von den Bürgerbewegungen als den *Wendeverlierern* geprägt (vgl. Pollack, 1995, 34; Baylis, 1995).

erst die Verlagerung der zentralen politischen Organe nach Berlin Veränderungen mit sich bringen.

Bei den zuletztgenannten Sektoren offenbart erst die Erweiterung der Analyse auf einen breiteren Kegel von Führungspositionen das gesamte Ausmaß des personellen West-Ost-Transfers. So kommt nur ein Fünftel des Führungspersonals der durch die Treuhand privatisierten Betriebe aus dem Osten, bei den Arbeitsrichtern ist es nur ein gutes Viertel (Solga, 1996, 104). In der Ministerialverwaltung liegt der Anteil der Westimporte in den oberen Rängen vor allem derjenigen Ministerien besonders hoch, in denen juristische und Verwaltungskenntnisse benötigt werden, also in den Justiz-, Wirtschafts- und Finanzministerien. Geringer ist er dagegen in den Ministerien mit eher technischer Ausrichtung, wie den Landwirtschafts- und Umweltministerien (vgl. Derlien, 1993, 328). Geht man davon aus, daß diese Inhaber von Führungspositionen der zweiten Ebene den Pool für die Rekrutierung der nächsten Generation von Top-Eliten darstellen, so wird es noch viele Jahrzehnte dauern, bis die Unterrepräsentation der Ostdeutschen in der gesamtdeutschen Elite abgebaut sein wird.

6. Implikationen für eine Theorie der Elitentransformation

Zweifellos ist es nicht gerechtfertigt, die Elitenstruktur einer Gesellschaft als einen Kausalfaktor für Entwicklungen im politischen System zu betrachten. Unter Bezug auf die Gesellschaftsstruktur gibt sie jedoch Auskunft über die Handlungsoptionen der jeweiligen Eliten und die Stabilitätsbedingungen politischer Systeme. Verkrustete Elitestrukturen, die nicht oder nicht mehr im Einklang mit der Gesellschaftsstruktur stehen, führen zu einem gesellschaftlichen Druck in Richtung auf einen fundamentalen Wandel des politischen Institutionensystems, das diese Verkrustung begünstigt, wenn nicht verursacht hat. Dies galt spätestens seit der Jahrhundertwende für das deutsche Kaiserreich und von Anbeginn an für die DDR.

Zentrale Vorbedingung einer erfolgreichen Demokratisierung ist, daß die Verfilzung der verschiedenen gesellschaftlichen Sphären aufgebrochen wird, die nicht-demokratische Regime typischerweise auszeichnet. Dies impliziert die Herausbildung einer pluralistischen Elitenstruktur mit einer Vielzahl autonomer und gleichzeitig kooperationswilliger Eliten (vgl. Aron, 1950; O'Donnell und Schmitter, 1986, Kap. 5; Ekiert, 1991; Huntington, 1991). Hieraus ergibt sich unmittelbar die Frage nach dem Ausmaß der Elitentransformation, das für die Etablierung einer stabilen Demokratie erforderlich ist.

Für moderne Gesellschaften ist zunächst die Vorstellung von der Möglichkeit eines umfassenden Elitenaustauschs unrealistisch, da die Komplexität dieser Gesellschaften es erfordert, daß die Inhaber von Führungspositionen über hinreichende fachliche Erfahrungen für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben verfügen. Zudem impliziert Demokratie die Anerkennung autonomer gesellschaftlicher Sphären und damit eine Rekrutierungsautonomie der privater Organisationen bei der Auswahl ihres Führungspersonals, was politischer Einflußnahme auf die Elitenrekrutierung im privaten Sektor Grenzen setzt.

Ein Vergleich der frühen Bundesrepublik mit der Weimarer Republik zeigt, daß der entscheidende Unterschied in der Transformation der politischen Elite liegt. Sofern sich eine neue, demokratisch orientierte politische Führungsschicht herausbildet, die in der Lage ist, stabile Regierungen zu bilden und eine effektive politische Kontrolle über die öffentliche Verwaltung und das Militär zu etablieren, ist eine erfolgreiche Demokratisierung offensichtlich auch bei einer hohen Elitenkontinuität in anderen Sektoren möglich.

Ein weitgehender Austausch der alten politischen Elite scheint aus drei Gründen erforderlich. Einmal kann nur eine neue politische Führung den Bruch mit dem alten System glaubhaft demonstrieren und ist daher auch für die demokratischen Segmente in der Bevölkerung akzeptabel. Weiterhin ist auch nur unter dieser Bedingung die Etablierung echter Parteienkonkurrenz sichergestellt, da damit keine der Parteien einen zu großen organisatorischen Vorsprung gegenüber den übrigen genießt. Und da in der Regel kein umfassender Personalaustausch in der öffentlichen Verwaltung stattfindet, kann schließlich nur ein solcher Austausch verhindern, daß die politische Führung der alten Staatspartei aufgrund ihrer Verfilzung mit den in ihren Positionen verbliebenen Verwaltungseliten gegenüber den übrigen Parteien im Vorteil ist. Denn für die Etablierung einer echten Parteienkonkurrenz ist es erforderlich, daß die politische Macht der Parteien primär durch die Wahlergebnisse determiniert wird. Dasselbe Argument gilt natürlich auch für die Beziehungen der ehemaligen Staatspartei zu Organisationen des privaten Sektors. Dies erfordert zwar nicht unbedingt, daß die alte Staatspartei ganz aus der Politik verschwindet, aber zumindest ihre Reorganisation und einen Austausch ihres Führungspersonals.

In Westdeutschland waren die Voraussetzungen für eine solche Transformation der politischen Elite nach 1945 erheblich günstiger als beim Übergang zur Weimarer Republik. Dies lag nicht zuletzt an der Präsenz der Alliierten, die eine Neuorganisation des (westdeutschen) Parteiensystems herbeiführten. Auch wenn die Entnazifizierungspolitik weitgehend scheiterte, führte sie dennoch zu einer Zurückdrängung des Gewichts der antidemokratischen Kräfte, die froh waren, wenn sie in ihren Positionen verbleiben konnten, und die sich

deshalb öffentlicher Bekundungen gegen das parlamentarische System weitgehend enthielten.[16] Insofern sind Demokratisierungsprozesse, die von außen forciert bzw. unterstützt werden, leichter zu bewerkstelligen.

Wie die Entwicklung in Ostdeutschland und den übrigen osteuropäischen Ländern zeigt, spielen demgegenüber intellektuelle Widerstandszirkel für die Neuformierung der politischen Elite durchweg keine große Rolle. Ihre Funktion ist eher die eines Katalysators beim Niedergang des vorangegangenen autoritären bzw. totalitären Systems. Aufgrund ihrer in der Regel wenig entwickelten Organisation und der mangelnden politischen Erfahrung der meisten ihrer Mitglieder findet meist nur eine kleine Zahl der vormals prominenten Oppositionellen den Weg in die neuen Eliten. Lediglich gutorganisierte Oppositionsgruppen haben realistische Chancen, eine führende Rolle in der neuen Demokratie zu übernehmen. Dies gilt beispielsweise für die PSOE in Spanien oder den ANC in Südafrika, teilweise auch für die SPD nach der Nazizeit.

Sofern eine grundlegende Transformation der politischen Elite erfolgt, scheint ein hohes Maß an Kontinuität in den übrigen Eliten durchaus nicht unvereinbar mit einer erfolgreichen Demokratisierung. Da eine solche Kontinuität zugleich eine schnelle Wiederherstellung der Effektivität der öffentlichen Verwaltung sowie einen ökonomischen Wiederaufschwung begünstigt, kann sie dem Demokratisierungsprozeß paradoxerweise sogar zuträglich sein (vgl. hierzu auch Higley et al., 1996). Zudem vermeidet sie die Entstehung einer größeren Zahl von Opfern des Demokratisierungsprozesses, die aufgrund ihrer Möglichkeiten zum Rückgriff auf noch existierende alte Einflußnetzwerke imstande sind, diesen zu torpedieren (vgl. Huntington, 1991, 211 ff.). Aufgrund der deutschen Erfahrungen kann davon ausgegangen werden, daß die meisten dieser alten Eliten bereit sind, die neuen politischen Rahmenbedingungen zu akzeptieren, sofern es den demokratischen Parteien gelingt, stabile politische Verhältnisse zu schaffen.

Ein hohes Maß an Elitenkontinuität impliziert jedoch andererseits, daß Personen mit langjähriger Gewöhnung an nicht-demokratische Entscheidungsstrukturen das öffentliche Leben der jungen Demokratie noch über einen geraumen Zeitraum hin dominieren, bis sie schließlich von einer neuen Generation demokratisch sozialisierter Eliten abgelöst werden. Diese hohe personelle Kontinuität trug in Westdeutschland nach 1945 zur Konservierung traditionel-

16 Inwieweit dies aus Opportunismus geschah oder vielmehr Resultat eines Einstellungswandels war, ist bislang noch nicht genau untersucht worden. Für den Erfolg von Demokratisierungsprozessen reicht es jedoch aus, wenn ein gewisser sozialer Druck entsteht, der eine öffentliche Ablehnung der demokratischen Spielregeln ächtet. Ein solcher wird hauptsächlich durch neue Elitemitglieder erzeugt, denen nicht das Odium der Verbundenheit mit dem alten Regime anhaftet.

ler Wertorientierungen bei, die sich noch bis Ende der sechziger Jahre in den Einstellungen der Eliten nachweisen ließen. Dementsprechend setzten sich genuin demokratische Wertorientierungen – wie auch in der westdeutschen Bevölkerung insgesamt – erst im Verlauf des natürlichen Ablösungsprozesses der Vorkriegsgeneration nach und nach durch.

LITERATURVERZEICHNIS

Aron, Raymond (1950), Social Structure and the Ruling Class, *British Journal of Sociology*, Vol. 1, 1–17 und 126–144.

Bausch, Hans (1980), *Rundfunkpolitik nach 1945*. Erster Teil, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Baylis, Thomas A. (1995), *East German Leadership after Unification: The Search for Voice*. Manuskript für die Fünfte Konferenz der East German Studies Group, Stanford University, November 1995.

Bendix, Reinhard (1980), *Könige oder Volk*, 2 Bände, Frankfurt: Suhrkamp.

Bermeo, Nancy (1990), Rethinking Regime Change, *Comparative Politics*, Vol. 22, 359–377.

Bernecker, Walther L. (1979), Die Neugründung der Gewerkschaften in den Westzonen 1945–1949, in: Josef Becker, Theo Stammen und Peter Waldmann, Hrsg., *Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, München: Wilhelm Fink Verlag, 261–292.

Best, Heinrich (1988), Politische Modernisierung und parlamentarische Führungsgruppen in Deutschland 1867–1918, *Historical Social Research*, Vol. 13, 5–74.

Best, Heinrich (1989), Mandat ohne Macht. Strukturprobleme des deutschen Parlamentarismus 1867–1933, in: Heinrich Best, Hrsg., *Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich*, St. Katharinen: Scripta Mercaturae Verlag, 175–222.

Blackbourn, David und Geoff Eley (1983), *The Peculiarities of German History*, Oxford: Oxford University Press.

Boldt, Hans (1990), *Deutsche Verfassungsgeschichte. Band 2: Von 1806 bis zur Gegenwart*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Bos, Ellen (1994), Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen, in: Wolfgang Merkel, Hrsg., *Systemwechsel 1*, Opladen: Leske + Budrich, 81–109.

Bürklin, Wilhelm (1997), Einstellungen und Wertorientierungen ost- und westdeutscher Eliten 1995. Gesellschaftliches Zusammenwachsen durch Integration der Elite?, in: Oscar W. Gabriel, Hrsg., *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Opladen: Leske + Budrich, 235–261.

Bürklin, Wilhelm und Hilke Rebenstorf (1996), Die Eliten sind noch nicht zusammengewachsen, *Arbeitgeber*, Heft 13/14, 427–431.

Dahrendorf, Ralf (1965), *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München: Piper.

Derlien, Hans-Ulrich (1993), German Unification and Bureaucratic Transformation, *International Political Science Review*, Vol. 14, 319–334.

Derlien, Hans-Ulrich und Stefan Lock (1994), Eine neue politische Elite? Rekrutierung und Karrieren der Abgeordneten in den fünf neuen Landtagen, *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 1/94, 61–94.

Diller, Ansgar (1980), *Rundfunkpolitik im Dritten Reich*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Edinger, Lewis J. (1960), Post-Totalitarian Leadership: Elites in the German Federal Republic, *American Political Science Review*, Vol. 54, 58–82.

Ekiert, Grzegorz (1991), Democratization Processes in East Central Europe: A Theoretical Reconsideration, *British Journal of Political Science*, Vol. 21, 285–313.

Field, G. Lowell, John Higley (1980), *Elitism*, London: Routledge and Kegan Paul.

Glaeßner, Gert-Joachim (1994), *Demokratie nach dem Ende des Kommunismus*, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Greiffenhagen, Martin und Sylvia Greiffenhagen (1979), *Ein schwieriges Vaterland. Zur Politischen Kultur Deutschlands*, München: List.

Hadenius, Axel (1994), The Duration of Democracy: Institutional vs Socioeconomic Factors, in: David Beetham, Hrsg., *Defining and Measuring Democracy*, London: Sage Publications, 63–88.

Higley, John und Michael G. Burton (1989), The Elite Variable in Democratic Transitions and Breakdowns, *American Sociological Review*, Vol. 54, 17–32.

Higley, John; Judith Kullberg und Jan Pakulski (1996), The Persistence of Postcommunist Elites, *Journal of Democracy*, Vol. 7, 133–147.

Hoffmann-Lange, Ursula (1992), *Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik*, Opladen: Leske + Budrich.

Huntington, Samuel P. (1991), *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman: University of Oklahoma Press.

Karl, Terry Lynn und Philippe C. Schmitter (1991), Modes of transition in Latin America, Southern and Eastern Europe, *International Social Science Journal*, Nr. 128, 269–284.

Lepsius, M. Rainer (1973), Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Gerhard A. Ritter, Hrsg., *Die deutschen Parteien vor 1918*, Köln: Kiepenheuer und Witsch, 56–80.

Lipset, Seymour Martin (1994), The Social Requisites of Democracy Revisited, *American Sociological Review*, Vol. 59, 1–22.

Ludz, Peter Christian (1968), *Parteielite im Wandel*, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Meyer, Gerd (1991), *Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker*, Tübingen: A. Francke Verlag.

Meyn, Hermann (1968), *Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Colloquium Verlag.

Mintzel, Alf (1975), *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972*, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Neubauer, Deane E. (1969), Some Conditions of Democracy, in: Charles F. Cnudde und Deane E. Neubauer, Hrsg., *Empirical Democratic Theory*, Chicago: Markham Publishing Company, 224–235.

Niclauß, Karlheinz (1995), *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*, Paderborn: Ferdinand Schöningh.

O'Donnell, Guillermo und Philippe C. Schmitter (1986), *Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*, Baltimore: The Johns Hopkins Press.

Pollack, Detlev (1995), Was ist aus den Bürgerbewegungen und Oppositionsgruppen der DDR geworden?, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B40/41/95, 34–45.

Putnam, Robert D. (1976), *The Comparative Study of Political Elites*, Englewood Cliffs: Prentice-Hall.

Redlingshöfer, Bernd und Ursula Hoffmann-Lange (1997), Die Transformation der kommunalen politischen Elite in den neuen Bundesländern am Beispiel der Gemeindevertretung der Stadt Jena, in: Hans Bertram, Wolfgang Kreher und Irene Müller-Hartmann, Hrsg., *Systemwechsel zwischen Projekt und Prozeß*, Opladen: Leske + Budrich (in Druck).

Sartori, Giovanni (1976), *Parties and party systems. A framework for analysis*, Cambridge: Cambridge University Press.

Schneider, Eberhard (1994), *Die politische Funktionselite der DDR*, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Sheehan, James J. (1976), Conflict and Cohesion Among German Elites in the Nineteenth Century, in: James J. Sheehan, Hrsg., *Imperial Germany*, New York: New Viewpoints, 62–92.

Solga, Heike (1996), Der Elitenimport nach Ostdeutschland. Transformationstypen und Veränderungen in der Elitenrekrutierung, in: Martin Diewald und Karl-Ulrich Mayer, Hrsg., *Zwischenbilanz der Wiedervereinigung*, Opladen: Leske + Budrich, 89–109.

Srubar, Ilja (1994), Variants of the Transformation Process in Central Europe. A Comparative Assessment, *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 23 (Heft 3), 198–221.

Tornow, Ingo (1979), Die deutschen Unternehmerverbände 1945–1950. Kontinuität oder Diskontinuität?, in: Josef Becker, Theo Stammen und Peter Waldmann, Hrsg., *Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, München: Wilhelm Fink Verlag, 235–260.

Wehler, Hans-Ulrich (1988), *Aus der Geschichte lernen?*, München: C.H. Beck.

Wiesenthal, Helmut (1996), Die neuen Bundesländer als Sonderfall der Transformation in den Ländern Ostmitteleuropas, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 40/96, 46–54.

Zapf, Wolfgang (1965), *Wandlungen der deutschen Elite*, München: Piper.

Zelinsky, Ulrich (1979), Bedingungen und Probleme der Neubildung von Führungsgruppen in Deutschland 1945–1949, in: Josef Becker, Theo Stammen und Peter Waldmann, Hrsg., *Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, München: Wilhelm Fink Verlag, 217–233.

Anschrift der Autorin:
Prof. Dr. Ursula Hoffmann-Lange
Professur für Politikwissenschaft
Universität Bamberg
D-96045 Bamberg